

Erfahrungen mit der Umsetzung der „Lokalen Aktionspläne“ im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Entimon – gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Gewalt“

„Früher dachte man die Erde sei eine Scheibe, dann eine Kugel, heute scheint sie ein Netz(werk) zu werden“.
(Florian Straus)

1. Geschichte und Hintergrund der Entstehung der „Lokalen Aktionspläne“ im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Entimon – gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ 2001 bis 2003

Unter dem Dach des bundesweiten „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ verabschiedete die Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter dem Eindruck steigender Zahlen rechtsextremer Straftaten Ende des Jahres 2000/Anfang des Jahres 2001 das Aktionsprogramm „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ als einjähriges Aktionsprogramm, welches in den Folgejahren unter dem Namen „Entimon – gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ als Bundesmodellprogramm zur Prävention des Rechtsextremismus und zur Förderung zivilgesellschaftlichen, demokratischen Engagements bis Ende 2006 verstetigt wurde. Parallel dazu entstand im Rahmen des ESF-Programms „Die Soziale Stadt“ das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. Im Rahmen einer Kooperation zwischen beiden Programmen entstand die Idee, einen Teil der Fördermittel aus dem Programm „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ (Gesamtvolumen des Programms: 2001 ca. 15 Mio. Euro, 2002 und 2003 jeweils 10 Mio. Euro) für die Entwicklung von gemeinwesenorientierten Vernetzungsstrukturen lokaler Akteure in ausgewählten Gebieten des „Sozialen Stadt“- Programms in Form sogenannter „Lokaler Aktionspläne“ zur Prävention rechtsextremer Phänomene vor Ort einzusetzen.

Im Jahr 2001 wurden nach einer Ausschreibung durch die Regiestelle E&C zur Bewerbung auf die Fördermittel in Höhe von 5% des Gesamtvolumens des Programms „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ 59 E&C-Gebiete ausgewählt und zur Entwicklung und Umsetzung „Lokaler Aktionspläne“ aufge-

fordert.

Im Jahr 2002 wurden anschließend an die Entscheidung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur Weiterfinanzierung des Programms „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ unter dem neuen Namen „Entimon – gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ nochmals 5% der Programmmittel (insgesamt 10 Mio. Euro) zur Entwicklung weiterer und zur Fortführung und Weiterentwicklung bereits bestehender „Lokaler Aktionspläne“ bereitgestellt. Im Rahmen der Überarbeitung der zentralen Leitlinien des Programms „Entimon“ und der damit verbundenen Entstehung des Förderschwerpunkts „Auf- und Ausbau von Netzwerken“ wurden die „Lokalen Aktionspläne“ mehr und mehr zu einem Netzwerktyp innerhalb dieses Förderschwerpunkts und entwickelten eine Eigendynamik als Modellansatz über die Grenzen der „E&C-Gebiete“ hinaus. Im Jahr 2003 gab es daher keine budgetierte, spezifische Förderung der „Lokalen Aktionspläne“ im Sinne der Entstehungsintention mehr, sondern die bereits laufenden „Lokalen Aktionspläne“ und die neu entstehenden wurden nunmehr Teil des normalen Fördermittelantragsverfahrens im Sinne einer Interessensbekundung und unterliegen seitdem der Förderentscheidung durch die dafür vom BMFSFJ eingesetzten Institutionen und Gremien. Der Ansatz und Arbeitsauftrag der „Lokalen Aktionspläne“, wie er im folgenden beschrieben wird, wurde aber im wesentlichen seit dessen Entstehung beibehalten.

2. Ansatz und Arbeitsauftrag der „Lokalen Aktionspläne“

Ausgehend von einer Beschreibung der lokalen Rahmenbedingungen und einer anschließenden Bedarfsanalyse und Problemfeldbeschreibung bestand und besteht der Arbeitsansatz der „Lokalen Aktionspläne“ darin:

- Alle bezogen auf den Bedarf relevanten Akteure auf dem Hintergrund ihrer Profession oder Möglichkeiten anzusprechen und in den Aktionsplan einzubinden.
- Lösungszentrierte Ansätze zu entwickeln.
- Vorhandene örtliche Netzwerke zu stärken.
- Bestehende Angebote unter Einbeziehung der Jugendhilfe, Kirche, Migrationsfachdienste, Schulen, Polizei, Verwaltung, Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu vernetzen.
- Gemeinwesenorientierte, auf Nachhaltigkeit angelegte Formen der Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt zu entwickeln.

3. Bisherige Erfahrungen im Rahmen des Programms „Entimon“ aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung

Zur Einschätzung der Erfahrungen der Implementierung und Arbeit der „Lokalen Aktionspläne“ im Rahmen des Programms „Entimon“ unternimmt die wissenschaftliche Begleitung des Programms im Vorfeld eine Dokumentenanalyse (Interessensbekundung und Konzeption, Sach- und, wo vorhanden, Ergebnisberichte der Vorjahre) und verschiebt jährlich einen teilstandardisierten Fragebogen an alle Projekte des Programms bezüglich deren Ressourcen, Kontextbeschreibungen, Bedarfs- und Problemanalysen, Zielgruppenbeschreibung, Zielsetzungen, Lösungsansätzen und methodischem Vorgehen. Daran anschließend wird im Folgejahr eine Follow-up-Befragung durchgeführt und eine kleine Auswahl von Projekten (Interviews und teilnehmende Beobachtung) besucht. Aus Ressourcengründen ist es der wissenschaftlichen Begleitung leider nicht möglich, alle Projekte im Programm intensiv zu begutachten. Daher sind die im Folgenden getroffenen Aussagen nicht repräsentativ für alle im Programm geförderten „Lokalen Aktionspläne“.

3.1. Erfahrungen auf der konzeptionellen Ebene

Die von der wissenschaftlichen Begleitung begutachteten Konzeptionen zur Erstellung eines „Lokalen Aktionsplans“ weisen weitestgehend eine genaue und gut nachvollziehbare Analyse der Belastung durch rechtsextreme und fremdenfeindliche Erscheinungen und der damit verbundenen Problemlagen für das jeweilige Aktionsgebiet aus. Damit verbunden werden vielfach klar herausgearbeitete Strategien und Handlungslogiken auf der Grundlage zur Verfügung stehender Ressourcen benannt. Die mit diesen Strategien verbundenen angestrebten Ziele der Netzwerkarbeit sind zumindest auf der Ebene der mittleren Zielbeschreibung gut operationalisiert. Hier wäre aber oftmals eine Konkretisierung auf der Ebene der unmittelbaren Handlungsziele wünschenswert. Die Lösungsansätze, die angeboten werden, sind akteursnah beschrieben und weisen klare Verantwortlichkeiten bezogen auf die miteinander vernetzten unterschiedlichen Professionen auf. In vielen Fällen ist es darüber hinaus gelungen, entscheidungsrelevante und deutungsmächtige Partner in die Netzwerke mit einzubinden, welches im Sinne einer sich entwickelnden „urban-governance-Strategie“ unabdingbar ist.

3.2. Erfahrungen auf der Ebene der praktischen Umsetzung der „Lokalen Aktionspläne“

Strategische Netzwerke, die sowohl zivilgesellschaftliche Akteure als auch institutionelle Akteure aus Politik und Verwaltung einbeziehen, sind in ihrem „Wesen“ konflikträchtige Beziehungsgeflechte. Dies liegt unter anderem in ihrem meist sehr differenten Blickwinkel auf die Problemlagen und der Handlungslogik des jeweiligen Arbeitsansatzes (oder Auftrags) begründet. Solche Netzwerke erfordern daher ein hohes Maß an horizontaler Kommunikation und dem damit verbunden großen Aufwand an Moderation. Die bedarfsorientierte Kombination an spezifischen Kompetenzen und Wissensbeständen zur Lösung der analysierten Problemlagen erfordert ein offenes System, welches in der Lage ist, weitere Kompetenzen zu integrieren, ohne Konkurrenzen zu erzeugen. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung ist hier ein sich entwickelnder Lernprozess zu erkennen, der die damit verbundenen Widersprüchlichkeiten und Reibungsflächen thematisiert. Dort, wo dies gelang, waren und sind die positiven Effekte der Netzwerkarbeit am deutlichsten sichtbar, dies nicht zuletzt in Form einer steigenden Sensibilität für rechts-extreme und fremdenfeindliche Erscheinungen der vor Ort lebenden Menschen im Stadtteil.